

Die Rolle des Verfassungsschutzes bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus

**Deutscher Vortragstext basierend auf der Rede von Claudia Schmid,
Leiterin des Verfassungsschutzes Berlin,
während der Fachkonferenz „The Radical Right and Xenophobia in
Germany and Poland: National and European Perspectives.“**

Frankfurt an der Oder, 12.11.2005

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Rechtsextremismus ist ein komplexes Phänomen. Um Überschneidungen mit anderen Beiträgen zu vermeiden, werde ich mich auf zwei Punkte konzentrieren: Erstens wie der Verfassungsschutz Berlin das Phänomen des Rechtsextremismus wahrnimmt, und zweitens welche Strategie der Verfassungsschutz Berlin zur Bekämpfung des Rechtsextremismus entwickelt hat.

1 Lagebild: Rechtsextremismus in Berlin

Wichtigstes Kennzeichen des Rechtsextremismus in Berlin ist zunächst seine strukturelle Fragmentierung. Zur Zeit ist kein Personenzusammenschluss in der Lage, das rechtsextremistische Personenpotenzial zu binden oder seine Strategievorstellungen gegenüber anderen entgegen deren Willen durchzusetzen. Der Berliner Rechtsextremismus ist vielmehr von kleinen Gruppen und Parteien geprägt, die oft nicht mit einander kooperieren.

Zur Analyse des Rechtsextremismus hat der Verfassungsschutz Berlin das Konzept der Risikoanalyse entwickelt. Mit Hilfe dieses Konzeptes ist es möglich, die Strukturen und die Risiken des Rechtsextremismus präziser zu beschreiben. Die Risikoanalyse unterscheidet auf einer ganz grundsätzlichen Ebene zwischen drei verschiedenen Risikofeldern des Rechtsextremismus, anhand derer ich meinen Vortrag strukturieren will: aktionsorientierter, parlamentsorientierter und diskursorientierter Rechtsextremismus.¹

1.1 Aktionsorientierter Rechtsextremismus

Ein für Berlin bedeutendes Risikofeld ist der aktionsorientierte Rechtsextremismus. Das spezifische Risiko liegt in der Ausübung von Macht im sichtbaren öffentlichen Raum durch Rechtsextremisten. Dies geschieht durch Gewalttaten, Demonstrationen oder andere aktionistische Verhaltensweisen. Ziel ist es, die Herrschaft über ein bestimmtes Territorium zu gewinnen.

In Berlin geht ein solches Risiko von zwei verschiedenen Netzwerken aus: dem Netzwerk Musik und dem Netzwerk Kameradschaften. Das Netzwerk Musik besteht aus ca. 200 Personen, die in kleineren Gruppen und Bands organisiert sind. Zu diesen Gruppen gehören oder gehörten unter anderem überregional bekannte Gruppen wie die „Vandalen“ oder die Berliner Sektion der „Hammerskins“ sowie Bands wie „Landser“, „Spreegeschwader“ oder „Legion of Thor“. Die Hauptaktivität dieses Netzwerkes war in der Vergangenheit die Produktion und Distribution rechtsextremistischer Musik. Neben neuem Zulauf sind einige der Mitglieder schon zu Wendezeiten Teil rechtsextremistischer Verbindungen gewesen und sind es bis heute geblieben. Dementsprechend hoch ist das Durchschnittsalter. Man kann hier durchaus von einer „Wendegeneration“ sprechen, die nicht aus dem Rechtsextremismus „rausgewachsen“ ist. Für die Beurteilung des Netzwerkes Musik ist diese Beobachtung wichtig: Die meisten seiner Mitglieder haben die längste Zeit ihres Lebens in einem rechtsextremistischen Umfeld verbracht und haben oft kaum Kontakte zu Personen außerhalb des Rechtsextremismus.

¹ Für ein ausführlicheres Lagebild des Rechtsextremismus in Berlin vgl. SENATSVERWALTUNG FÜR INNERES (2005): Verfassungsschutzbericht 2004. Berlin. S. 12 ff.

In gewissem Kontrast dazu steht das zweite aktionsorientierte Netzwerk der Kameradschaften. In diesem Bereich haben wir in den letzten drei Jahren eine neue Dynamik beobachtet. Zur Zeit besteht das Netzwerk aus ca. 200 Personen, die in verschiedenen kleineren Gruppen und Sub-Netzwerken organisiert sind. Wahrscheinlich die auffälligste Eigenschaft des Kameradschaftsnetzwerks ist die Adaption „linker“ Codes und Strategien in jüngerer Vergangenheit. So kam es zum Beispiel zu Hausbesetzungen, Demonstrationen gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der Bundesregierung und die Verwendung „linker“ Insignien wie Palästinenser-Tüchern oder Che Guevara-T-Shirts. Ziel dieser Mimikry-Strategie ist es, dem Rechtsextremismus das Image einer Alt-Herren-Bewegung zu nehmen und ihn für Jugendliche attraktiv zu machen. Zu diesem Angebot an Jugendliche gehört auch „Action“, welche in einigen Bereichen des Kameradschaftsnetzwerks mit Gewalt verbunden ist – vor allem gegen linke „Antifa“-Gruppen. Hier sehen wir eine wichtige Abkehr vom sonst üblichen Gewaltschema, welches vor allem von spontaner Gewalt gegen Ausländer geprägt ist.² Dieser „Action“-Strategie entsprechend sind die Mitglieder des Kameradschaftsnetzwerks jung, meist zwischen 17 und 25 Jahren.

1.2 *Parlamentsorientierter Rechtsextremismus*

Das zweite Risikofeld ist der parlamentsorientierte Rechtsextremismus, welcher vor allem von den Parteien NPD (mit ca. 150 Mitgliedern in Berlin), DVU (ca. 450 Mitglieder) und „Republikaner“ (ca. 400 Mitglieder) geprägt ist. Zumindest für Berlin lässt sich festhalten, dass alle drei Parteien nur rudimentäre Strukturen entwickelt haben. Von den genannten Mitgliedern ist nur ein kleiner Teil wirklich aktiv in die Parteiarbeit eingebunden. Wir sehen zur Zeit zwei Strategien, mit denen die NPD versucht diese strukturelle Schwäche zu beheben.

Zum einen versucht die NPD sich ,ebenso wie andere Landesverbände, in der Rekrutierung von Mitgliedern im aktionsorientierten Rechtsextremismus. Diese Strategie war in der Vergangenheit nur teilweise erfolgreich und immer wieder durch Rückschläge gekennzeichnet. Hier scheint die NPD ihr altes Dilemma des Hin- und Hergerissen-Seins zwischen der Strategie der „Wählbarkeit“ und der Öffnung zum aktionsorientierten Rechtsextremismus nicht überwinden zu können. Zur Zeit sehen wir eine leichte Dynamisierung im Bereich der NPD-Jugendorganisation JN. Ob dieser Trend allerdings langfristig bedeutsam ist, lässt sich zur Zeit noch nicht sagen.

Zum anderen gibt es Ansätze zur Koordinierung der Wahlkampfstrategien und -tätigkeiten. Die in Berlin von der NPD dominierte Allianz von NPD und DVU im Wahlkampf 2005 kann in diesem Sinne als Erfolg für die NPD gewertet werden. Allerdings konnte dieser Erfolg nicht in Wahlergebnisse umgesetzt werden. Bei den Bundestagswahlen 2005 kam die NPD nicht über 1,6 % hinaus, während die „Republikaner“ 0,6 % erreichten.

1.3 *Diskursorientierter Rechtsextremismus*

Das dritte Risikofeld des Rechtsextremismus ist der diskursorientierte Rechtsextremismus. Hauptziel des diskursorientierten Rechtsextremismus ist die Beeinflussung des öffentlichen Diskurses und die Einspeisung rechtsextremistischer und revisionistischer Themen.

² Vgl. SENATSVERWALTUNG FÜR INNERES BERLIN (2005): Im Fokus: Rechte Gewalt in Berlin. Berlin.

Im Berliner Raum sind die Gruppen, die sich um den in Brandenburg ansässigen Horst Mahler gebildet haben, am sichtbarsten. Zu diesem Netzwerk zählen ca. 50 Personen, die in verschiedenen Kleingruppen organisiert sind. Keine dieser Gruppen ist von nennenswertem Einfluss. Aufgrund des hohen Abstraktionsgrades der Schriften Mahlers und der mangelnden Anbindung an aktuelle gesellschaftliche Themen gelang die Anbindung an den Mehrheitsdiskurs bislang nicht.

1.4 Risikobewertung

Welche Risiken implizieren nun die beschriebenen Strukturen des Rechtsextremismus in Berlin? Ein erster wichtiger Punkt bei der Risikobewertung ist die schon erwähnte starke Fragmentierung des Rechtsextremismus. Diese Fragmentierung spiegelt ein Defizit an strategischen und materiellen Ressourcen des zeitgenössischen Rechtsextremismus in Berlin wider.

Zweitens ist diese strukturelle Schwäche zwar ein bedeutsamer, aber nicht der einzige Faktor, der den Erfolg des Rechtsextremismus bestimmt. Vor allem hinsichtlich des parlamentsorientierte Rechtsextremismus lässt sich festhalten, dass viele Faktoren außerhalb der strukturellen Ebene Einfluss nehmen: Protestwahlverhalten oder Angst vor sozialen Veränderungen sind wichtige Motive für die Wähler rechtsextremistischer Parteien. Gleichzeitig sind die Erfolge rechtsextremistischer Parteien oft von der gesamtgesellschaftlichen Situation abhängig, unter anderem davon, ob es möglich ist, bestimmte vermeintlich oder wirklich tabuisierte Themen aufzugreifen und sie mit rechtsextremistischen Inhalten zu versehen. Deswegen ist es wenig überraschend, dass rechtsextremistische Parteien in der Vergangenheit relativ hohe Wahlergebnisse erzielen konnten, obwohl sie in den betreffenden Gebieten keine entwickelte Parteistruktur hatten. Bestes Beispiel dafür ist die DVU, die in den Ländern kaum Strukturen entwickelte und sowohl inhaltlich, materiell und personell stark von der Parteizentrale in München und Gerhard Frey abhängig ist.

Dieses Beispiel zeigt, dass es keine einfache Korrelation zwischen Strukturen und Wahlergebnissen gibt. Eine Konsequenz daraus ist, dass die Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien sehr schwierig vorherzusagen sind. Eine weitere Folgerung ist dass wir die Parteien nicht unterschätzen sollten, egal wie schwach sie gegenwärtig scheinen.

Von besonderer Bedeutung für die Bewertung des gegenwärtigen Rechtsextremismus in Berlin ist seine geographische Ungleichverteilung. Unsere Analysen zeigen immer wieder, dass Phänomene wie Wahlverhalten, Gewalttaten, Trefforte, Wohn- und Aktionsorte starke regionale Konzentrationen insbesondere in einigen Bereichen der Stadtteile Lichtenberg, Marzahn, Hellersdorf und zunehmend auch Treptow aufweisen. Diese „Cluster-Bildung“ ist eine ganz entscheidende Eigenschaft des Rechtsextremismus. So hat zum Beispiel unsere empirische Studie über rechte Gewalttaten in Berlin gezeigt, dass die Mehrheit der Gewalttaten im direkten Wohnumfeld der Täter begangen werden – man schlägt da zu, wo man wohnt.³ Es handelt sich demnach bei rechter Gewalt mehrheitlich nicht um „Reisephänomene“, sondern um ein lokales Phänomen. Eine Ausnahme bildet hier lediglich die relativ neue Entwicklung gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen einem Teil des Kameradschaftsnetzwerks und linken Gruppen.

³ SENATSVERWALTUNG FÜR INNERES (2005): Im Fokus: Rechte Gewalt in Berlin. Berlin. Kap. 2.3.

Die beschriebene Lage in den genannten Bezirken unterscheidet sich ganz deutlich von anderen Stadtteilen Berlins und birgt Risiken. Ich möchte betonen, dass wir in keinem Teil Berlins auch nur annähernd von „national befreiten Zonen“ sprechen können. Nichtsdestoweniger sehen wir einen unserer Schwerpunkte in der Aufklärung und Information über diese geographischen Schwerpunkte des Rechtsextremismus. Dieser strategischen Seite der Verfassungsschutzarbeit werde ich mich im folgenden zuwenden.

2 Gegenstrategien

2.1 Vorüberlegungen

Wie geht der Verfassungsschutz mit den genannten Risiken im Bereich des Rechtsextremismus um? Grundsätzlich kann zwischen den drei Strategieebenen der Informationsbeschaffung (Input), Informationsbearbeitung (Throughput) und der Informationsweitergabe (Output) unterschieden werden.⁴ Ich werde mich im folgenden auf die „Output“-Strategie des Verfassungsschutzes Berlin konzentrieren. Der Grund, dass die Output-Strategie des Verfassungsschutzes mit „Informationsweitergabe“ gleichgesetzt werden kann, liegt im Trennungsgebot begründet. Der Verfassungsschutz hat keine polizeilichen Rechte wie die Vornahme von Verhaftungen oder die Durchführung von Durchsuchungen. Der Verfassungsschutz agiert ausschließlich als Zulieferer von Informationen. In diesem Sinne sind Informationen die einzige „Ware“, die der Verfassungsschutz „produziert“. Mit dieser Marktterminologie könnte man auch sagen, dass der Verfassungsschutz in weiten Teilen eine Consultancy- oder Beratungsinstitution ist. Darüber hinaus kann zwischen den Empfängern dieser Beratungsleistung unterschieden werden, nämlich Entscheidungsträger und staatliche Institutionen auf der einen Seite und die allgemeine Öffentlichkeit auf der anderen Seite.

2.2 Beratung und Informationen für Entscheidungsträger und staatliche Institutionen (Repressionsstrategien)

Die Beratung von Entscheidungsträgern und staatlichen Institutionen ist Teil der traditionellen Rolle von Nachrichtendiensten. Die Beratung kann sowohl strategische Beratung mit langer Zeitperspektive als auch die kurzfristige Zulieferung zu Exekutivmaßnahmen umfassen. Erfolgsbedingung ist die enge Kooperation vor allem mit der Polizei. Diese Zusammenarbeit funktioniert in Berlin ganz ausgezeichnet. Ohne sie wären die zahlreichen Exekutivmaßnahmen gegen den Rechtsextremismus nicht möglich gewesen. Die enge Kooperation basiert auf der gemeinsamen Einschätzung, dass der Rechtsextremismus mit allen uns gesetzlich zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden muss.

Diese Betonung von Repressionsstrategien negiert nicht die Tatsache, dass es sich beim Rechtsextremismus um ein gesellschaftliches Phänomen handelt. Wir glauben auch nicht, dass staatliche Sanktionen alleine das Problem lösen können. Dennoch spielt staatliche Sanktion eine ganz entscheidende Rolle im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Erstens sind wir in der Lage, die finanziellen Ressourcen des Rechtsextremismus zu beschneiden. Die Produktion und der Handel mit rechtsextremistischer Musik ist eine der wenigen Quellen materieller Ressourcen des Rechtsextremismus. Um dies zu unterbinden, hat Berlin in den vergangenen Jahren eine strikte

⁴ Das Modell orientiert sich an David Eastons „Input-Output“-Modell. Vgl. DAVID EASTON (1965): A Framework for Political Analysis. Englewood Cliffs.

Strategie umgesetzt. Beispielhaft dafür sind das Vorgehen gegen Bands wie „White Aryan Rebels“, „DST“, „Landser“ oder „Spreegeschwader“. Das Kammergericht Berlin hat 2004 Mitglieder der Band „Landser“ gemäß § 129 StGB als Angehörige einer kriminellen Vereinigung verurteilt – ein bislang einmaliges Urteil mit starkem Symbolcharakter. Darüber hinaus ist es Rechtsextremisten seit dem Jahr 2000 nicht mehr gelungen, rechtsextremistische Konzerte in Berlin zu veranstalten, ohne dass durch die Polizei oft nach Informationen des Verfassungsschutzes diese Konzerte aufgelöst worden wären. Die Band „Spreegeschwader“ wurde mehrfach daran gehindert, an Konzerten im Ausland teilzunehmen. Rechtliche Grundlage waren hier passbeschränkende Maßnahmen. Darüber hinaus wurden fünf CDs rechtsextremistischer Berliner Bands von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPJM) indiziert. Die Indizierung eines Medienträgers hat das Verbot der Werbung und des Verkaufs im frei zugänglichen öffentlichen Raum zur Folge.

An dieser Stelle ist es mir wichtig zu betonen, dass es uns nicht um die Musik selber geht. Diese kann über das Internet nahezu unbegrenzt verbreitet werden. Entscheidender ist vielmehr der finanzielle und soziale Aspekt rechtsextremistischer Musik. Konzerte sind ein wichtiger sozialer „Event“ für das Netzwerk Musik.⁵ Durch die Unterbindung von Konzerten beeinträchtigen wir auch die Kommunikation im Netzwerk.

Uns liegen viele Hinweise darüber vor, dass diese „zero tolerance“-Politik des Landes Berlin Auswirkungen auf den Rechtsextremismus hat. Innerhalb des Rechtsextremismus hat sich Berlin mittlerweile den Ruf erworben, ein unkomfortabler, schwieriger Ort zu sein. Mit diesem Ruf können wir sehr gut leben.

2.3 *Beratung der allgemeinen Öffentlichkeit*

Neben der eher klassischen Rolle des Verfassungsschutzes als Berater von Entscheidungsträgern spielt für uns die Rolle als Berater der allgemeinen Öffentlichkeit eine zunehmend wichtige Rolle. Wie schon erwähnt handelt es sich beim Rechtsextremismus um ein gesellschaftliches Phänomen, dass nicht nur durch staatliche Repressionsmaßnahmen bekämpft werden kann. Obwohl wir Repressionsmaßnahmen als notwendig und effizient betrachten, haben wir unsere Bemühungen im Bereich der Beratung der allgemeinen Öffentlichkeit insbesondere durch die Bereitstellung empirischer Informationen über den Rechtsextremismus verstärkt.

Diese strategische Dimension der Verfassungsschutzarbeit ist eine eher neue Entwicklung. Aus meiner Sicht besteht kein Widerspruch zwischen Beteiligung am öffentlichen Diskurs und Verfassungsschutzarbeit. Wenn wir noch mal die Marktterminologie bemühen, dann bietet der Verfassungsschutz ein „Produkt“ mit großer Nachfrage an, nämlich Informationen über Sicherheitsrisiken. Um dieser Nachfrage nachkommen zu können, haben wir verschiedene „Produkte“ und Strategien entwickelt, die ich Ihnen kurz vorstellen möchte.

Eine erste Produktlinie sind die „Im Fokus“-Studien. Seit 2002 haben wir insgesamt vier Studien veröffentlicht. Die „Im Fokus“-Studien beschäftigen sich vertiefend mit einzelnen Themen des Extremismus und Terrorismus wie rechtsextremistische Skinheads (2002), Antisemitismus (2004), Islamismus (2005) und rechter Gewalt (2005). Für nächstes Jahr ist eine Studie über linke Gewalt

⁵ Vgl. SENATSV ERWALTUNG FÜR INNERES (2002): Im Fokus: Rechtsextremistische Skinheads. Berlin. Kap. 7.

vorgesehen. Besondere Berücksichtigung finden dabei die Ergebnisse des wissenschaftlichen Diskurses.

Besonders erwähnen möchte ich hier die nochmals die Studie über rechte Gewalt, die auch in der Wissenschaft auf großes Interesse stieß. Es handelt sich um die erste Studie in Deutschland, die eine Analyse rechter Gewalt auf Grundlage von Polizei-Ermittlungsakten mit einem geographischen Ansatz verbindet. Wie schon erwähnt besteht die Hauptgefährdung durch den Rechtsextremismus in geographisch eingrenzbaeren Räumen. Der Ansatz der Geographisierung des Rechtsextremismus ist deswegen von besonderer Bedeutung, auch im Hinblick auf die Entwicklung von Gegenstrategien. Rechtsextremismus ist kein abstraktes Phänomen, sondern hat einen „Ort“. Um ihn bekämpfen zu können, gilt es, unsere Informationen über den Rechtsextremismus an diesen Ort rückzukoppeln. Insofern sind „Landkarten des Rechtsextremismus“ mehr als bloße Illustration, sondern ein wichtiges analytisches Werkzeug mit hoher Relevanz für die Bekämpfung.

Als zweites Produkt der Öffentlichkeitsarbeit möchte ich noch unsere Beratungstätigkeit an Schulen, in Polizeidirektionen, Bezirken und Nichtregierungsorganisationen erwähnen, also jenen Institutionen, die direkt in Kontakt mit Rechtsextremisten kommen. Wir haben unsere Vortragstätigkeit hier in den letzten Jahren stark erhöht mit dem Ziel, Informationen über und Argumente gegen den Rechtsextremismus anzubieten. Darüber hinaus ist es für uns wichtig, mit diesen oft sehr engagierten Praktikern in Verbindung zu bleiben und über neue Entwicklungen informiert zu werden.

3 Schluss

Zusammenfassend möchte ich dafür werben, den Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht als „Entweder-oder“ zwischen Repression und Aufklärung zu verstehen. Meiner Einschätzung nach gibt es hier kein „Entweder-oder“, sondern nur ein „Sowohl-als auch“. Repression ist sowohl effizient als auch auf symbolischer Ebene äußerst wichtig. Diejenigen, welche die Grundlagen unserer demokratischen Gesellschaft bekämpfen, müssen auch mit repressiven Maßnahmen wie zum Beispiel Vereinsverboten rechnen – das ist eine klare Botschaft der wehrhaften Demokratie. Auf der anderen Seite bedarf es der diskursiven Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Jedes Tabu birgt die Gefahr der Inbesitznahme durch Extremisten. Deswegen gilt es auch, die besseren Argumente zu haben und diese auch zu kommunizieren. Beide Teile – Repression und Diskurs – sind notwendig, um Extremismus effizient bekämpfen zu können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.